



Bild: HPR Land Berlin, Michael Laube

Ohne Beispiel

Seit dem 16.11.2022 ist es nun amtlich: die Berliner Wahlen im September 2021 müssen komplett wiederholt werden. Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat eine entsprechende Wahlwiederholung angeordnet, weil schon die Wahlvorbereitung für sich gesehen einen Wahlfehler darstellte ([Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin erklärt die Wahlen zum 19. Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen vom 26. September 2021 für ungültig - Berlin.de](#)). Diese Vorbereitungsängel haben nach Ansicht des Gerichts dann zu weiteren Wahlfehlern am Wahltag geführt ...

Dieses Debakel ist ohne Beispiel in der Geschichte des Landes und stellt den beschämenden Höhepunkt einer Entwicklung dar, die seitens des Hauptpersonalrats stellvertretend für alle Beschäftigtenvertretungen und seitens der Gewerkschaften seit vielen Jahren angeprangert wurde. Sie hat aus unserer Sicht zwei Ursachen:

- 1) Es besteht grundsätzlich und strukturell keine auskömmliche Personalausstattung, insbesondere in den Bürgerdiensten, aber auch in den anderen Bereichen des Berliner öffentlichen Dienstes mit Bürgerkontakt;

-

Impressum:

Hauptpersonalrat

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

Klosterstr. 47
10179 Berlin - Mitte

Telefon: (030) 9020-2226
hpr@hpr.berlin.de
www.hpr.berlin.de

V.i.S.d.P.: Daniela Ortmann,
Vorsitzende



2) eine Verantwortungsdiffusion auf der politischen Ebene, die mittlerweile jede/r aus der Politik beklagt, allein, das Problem wird nicht angegangen. Mal wird es „Behördenpingpong“, mal „organisierte Verantwortungslosigkeit“ genannt, wir nennen es die „Berliner Krankheit“. Sie führte dazu, dass zwischen der Landeswahlleiterin, der Hausspitze der Senatsinnenverwaltung und den für die Bezirkswahlämter zuständigen Stadträten die vom Verfassungsgerichtshof benannten Fehl- oder Nichtentscheidungen getroffen wurden, die letztendlich das Wahldebakel zur Folge hatten.

Für den Hauptpersonalrat wollen wir hier ganz klar festhalten, dass die Ursache für dieses Staatsversagen nicht bei den Beschäftigten in den Bürgerämtern, aus denen sich die Bezirkswahlämter rekrutiert haben, und nicht bei den Wahlhelfenden liegt. In diesem Zusammenhang von einer dysfunktionalen Verwaltung zu sprechen, führt in die falsche Richtung, weil dieser Begriff suggeriert, die Beschäftigten seien schuld. Dies weisen wir als oberste Beschäftigtenvertretung in aller Form zurück!

Wenn die Beschäftigten aus den Bürgerämtern auch diejenigen Beschäftigten sind, die das Bezirkswahlamt besetzen und wenn wir in diesem Bereich seit vielen Jahren und unter zahlreichen Regierungen eine chronische Terminproblemlage verzeichnen, aus haushalterischen Gründen aber eine echte Personalbedarfsberechnung und Umsetzung bisher nie erfolgte, dann ist das ein struktureller Fehler im (Wahl)System, den nur und ausschließlich die politische Ebene zu verantworten hat. Hierzu gab es in der Vergangenheit eine unselige quasi „Allparteienallianz“, insofern kann sich aus Sicht des HPR dafür auch niemand aus der Verantwortung stehlen!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten seit Jahren den Laden am Laufen und müssen für die Umstände, unter denen sie tätig werden, auch häufig genug von den Menschen der Stadt die Kritik einstecken. Es ist an der Zeit, dass die Berliner Parteien sich in einer Allparteienallianz zum Wohle der Stadt eine Verantwortungsstruktur geben, die dieser Metropole und der Tatsache, dass sie Bundesland und Kommune und Hauptstadtfunction abbilden muss, endlich gerecht wird. Hierzu sollte eine Expertenkommission einer späteren verfassungsändernden Mehrheit an die Seite gestellt werden.



Wahlhelfende gesucht!

Es hilft ja nun nichts, die erneute Wahl muss organisiert und durchgeführt werden. Die Attraktivität der ehrenamtlichen Tätigkeit ist durch die Erhöhung des Erfrischungsgeldes bzw. des Freizeitausgleichs für Menschen aus dem öffentlichen Dienst deutlich verbessert worden, dies war auch unser Wunsch. Dies sollte aber nicht der einzige Ansporn sein, sich als Wahlhelfer/in zu melden: Es geht auch darum, diese Schmach des Wahldebakels, der an der gesamten Stadt klebt, durch eine gut durchgeführte Wahl wieder auszugleichen. Wir im öffentlichen Dienst können Wahlen; wir haben es viele Wahlen lang unter Beweis gestellt. Auch die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, mitzutun. Die Wahlen sind Bürgerwahlen und es ist eine gute Sache, dass sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt durchgeführt werden. Aus dem Vorstand des Hauptpersonalrats werden wieder Mitglieder in drei verschiedenen Wahlvorständen vertreten sein. Wir würden uns freuen, wenn sich aus allen Dienststellen viele Kolleginnen und Kollegen freiwillig melden, um zum Gelingen der Wiederholungswahl beizutragen. (Hier noch einmal vorsorglich der Hinweis, dass eine Verpflichtung zum Einsatz als Wahlhelfer/in nur durch den Landeswahlleiter, nicht aber durch Dienststellenleitungen erfolgen kann). Eine Wahl durchzuführen ist gelebte Demokratie. Dies ist vielleicht auch ein gutes Lehrstück für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, die sich noch in der Ausbildung befinden... Wahlhelfer/in kann aber auch jede/r erfahrene Beschäftigte werden; dies gilt auch für übergeordnete Verwaltungen und unser Leitungspersonal.

Die kommende Berliner Wahl wird unter einer besonderen Beobachtung stehen. Sie wird wieder unter schwierigen Bedingungen durchgeführt werden müssen. Lasst uns alle zusammen dazu beitragen, dass sie gelingt!

Für den Hauptpersonalrat

Daniela Ortmann

Vorsitzende des Hauptpersonalrates

Susanne Stecher

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Francisca Bier

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Andreas Hellwig

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Nele Bark

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Enrico Strencioch

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates



Christian Hanisch

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Angela Rümmler

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Rolf Herrmann

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Frank Becker

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates